



Kolumne:

Ohnmacht oder Primat der Politik?

Die derzeit rollende Protestwelle gegen die Banken in allen westlichen Nationen beflügelt die politischen Kommentatoren jeglicher Couleur. Da nationale Politik dem internationalen Finanzwesen vermeintlich nichts entgegenzusetzen habe, hofft man auf die sich durchsetzende Meinung eines globalen Straßenprotests. Angesichts der Komplexität der Finanzpolitik sprechen die Thesen der „occupy-wall-street“ Bewegung vielen Bürgern in ihrem Ohnmachtsgefühl aus dem Herzen. Doch wie weit tragen die Forderungen der Demonstranten?

1. Banken verstaatlichen:

Dass der Bankenrettungsfonds Soffin in der Finanzkrise 2008/2009 vor allem Bürgschaften für Landesbanken übernehmen musste, scheint wohlweislich vergessen worden zu sein. Die West-LB lässt grüßen! Auch Bankenrettung und Zwangsrekapitalisierung machen den Staat nicht zum besseren Banker.

2. Finanzmarkttransaktionssteuer:

Ihre Erhebung würde den Finanzsektor an den Kosten der Krise beteiligen. Eine gute Sache— aber nur, wenn sie auf G20-Ebene oder mindestens in der gesamten EU eingeführt würde. Niemandem wäre geholfen, wenn die Steuer den Finanzplatz Frankfurt trockenlegt, während in London das Casino weiterläuft. Den Akteuren

auf den Finanzmärkten ist es gleichgültig, ob sie ihre Geschäfte auf deutsch oder englisch machen.

3. Primat der Politik zurückgewinnen:

Zusammenfassend liegt die wichtigste Forderung mit Sicherheit darin, die Gestaltungsmacht der Politik gegenüber globalen Akteuren wie Hedgefonds und Ratingagenturen zurückzugewinnen. Allerdings waren es die Staaten selber, die sich den Finanzmärkten ausgeliefert haben. Durch jahrzehntelange Schuldenpolitik sind Staaten abhängig geworden von Wohl und Wehe ihrer Kreditgeber. Vielmehr als ein Rettungsfonds dies vermag, greifen die Zins- und Tilgungspflichten in die Budgethoheit eines Parlaments ein. Hier hilft nur eine stringente Konsolidierungspolitik, kein hysterischer Aktionismus.

Der Anti-Bankenprotests zeugt von der verständlichen Sehnsucht, mit einem großen Schlag die derzeitigen Probleme lösen zu können. Doch ebenso einfach wie die Antworten scheinen, so dürftig sind sie auch. Euro-, Finanz- und Wirtschaftskrise lassen sich nicht mit simplen Methoden bekämpfen. Für die Politik wächst daraus die Verpflichtung, die notwendigen Schritte besser zu erklären und begreiflich zu machen. Nur so kann das Ohnmachtsgefühl in Deutschland gegenüber den internationalen Finanzmärkten gebrochen werden.

Ihr

Aktuelles aus Berlin:

Euro-Gipfel stärkt die Stabilität unserer Währung

Mit breiter Mehrheit hat der Bundestag einen fraktionsübergreifenden Entschließungsantrag zur Euro-stabilisierung angenommen. Damit wurde vorerst die kontroverse Debatte der vergangenen Tage beendet, in der es nicht nur um die Ausgestaltung des Euro-Rettungsschirms EFSF ging, sondern auch um die Beteiligung des Deutschen Bundestages daran. Heider: „Das Parlament gab der Bundeskanzlerin ein starkes Mandat für die Verhandlungen in Brüssel.“ Auf dem Euro-Gipfel in Brüssel nahmen die Staats- und Regierungschefs der Euro-Länder die Banken in die Pflicht, Griechenland rund die Hälfte seiner

Schulden zu erlassen. Dies bedeutet einen Nachlass von 100 Mrd. Euro. Auf Grundlage der Vereinbarung mit den Banken wollen auch die Euro-Länder ihre Hilfen für Griechenland von derzeit 109 Mrd. Euro um weitere 100 Mrd. Euro aufstocken. Zudem soll die Schlagkraft des Euro-Rettungsschirms (EFSF) auf 1000 Mrd. Euro erhöht werden, um so eine Ausweitung der Krise zu verhindern. Heider: „Das ist ein wichtiges Paket auf dem Weg zu mehr Stabilität im Euro-Raum und auf den Märkten. Die gemeinsame Währung ist Kern unseres Binnenmarktes. Der Erfolg Deutschlands und seiner Wirtschaft hängen entscheidend von ihr ab.“

50 Sauerländer in Berlin



Auch das THW in Berlin stand auf dem Besuchsprogramm der Gruppe.

Einem viertägigen Aufenthalt absolvierten auf Einladung ihres Bundestagsabgeordneten Dr. Matthias Heider 50 Sauerländer aus dem Märkischen Kreis und dem Kreis Olpe. Die Revierförster aus Kirchhundem, die Mitglieder des THW Olpe, des Deutschen Roten Kreuzes in Lüdenscheid und die CDU Finntrop-Fretter konnten sich bei informativen Besuchen u.a. in der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen ein Bild vom politischen und historischen Berlin machen. Nicht fehlen durfte dabei natürlich das Gespräch mit Matthias Heider im Deutschen Bundestag. Der Abgeordnete informierte über die aktuelle Politik und stand den Gästen in einer Diskussionsrunde Rede und Antwort.

Firmenbesuche in Olpe und Schalksmühle

Gemeinsam mit dem CDU-Vorsitzenden Schalksmühle, Jörg Weber, Bürgermeister Jörg Schönenberg und SIHK-Präsident Harald Ruttenbeck besichtigte Matthias Heider die Unternehmen Falkenroth und Spelsberg in Schalksmühle. Im Mittelpunkt der Gespräche stand vor allem die Energiepolitik und ihre Auswirkung auf die mittelständische Industrie.



Matthias Heider ließ sich von Holger Spelsberg die Produktion in der Firma Günther Spelsberg GmbH & Co. KG erläutern.

Einen anderen Schwerpunkt hatte das Informationsgespräch, das Matthias Heider in Olpe mit den Verantwortlichen des Garten- und Landschaftsbaubetriebs Kramer-Garten führte. Für das Unternehmen aus der Dienstleistungsbranche stehen das Konkurrenzverhältnis mit Unternehmen ohne Gewinnerzielungsabsicht aus dem sozialen Bereich und die aus dem EU-Recht erwachsenen bürokratischen Hürden im Mittelpunkt. Heider legte dem Geschäftsführer Thomas Kramer seinen Standpunkt dar und betonte, EU-Recht strikt 1:1 in Deutschland umzusetzen.



Matthias Heider gemeinsam mit Geschäftsführer Thomas Kramer und Gartenbauingenieur Damian Radonic im Sauerländer Regen in Olpe.

Russischer Botschafter zu Gast im Wahlkreis Heider: „Brückenschlag aus dem Sauerland nach Russland“

Auf Initiative des heimischen Bundestagsabgeordneten und MIT-Bezirksvorsitzenden Dr. Matthias Heider besuchte der Botschafter der Russischen Föderation, Wladimir M. Grinin den Märkischen Kreis und den Kreis Olpe. Während die Gäste aus Russland sehr an den mittelständischen Strukturen der Sauerländer Unternehmen interessiert waren, nutzte Heider die Gelegenheit, um für einen stärkeren wirtschaftlichen Austausch zwischen Südwestfalen und Russland zu werben. „Russland ist eine aufstrebende Wirtschaftsnation und bietet exzellente Möglichkeiten für Investitionen“, so der Bundestagsabgeordnete. Grinin und seine Delegation konnten sich zunächst in Attendorn einen Eindruck von der Firma Kirchhoff verschaffen, bevor es am Abend zum Dialog mit rund 100 interessierten Unternehmern aus ganz Südwestfalen kam. Die SIHK hatte gemeinsam mit der MIT zu einer Wirtschaftskonferenz in der Firma ERCO in Lüdenscheid geladen. Heider bilanzierte: „Ich hoffe, dass Russland im Sauerland als wichtigster Industrieregion Nordrhein-Westfalens einen wichtigen Partner für die Zukunft gefunden hat. Der Auftakt stimmt mich jedenfalls optimistisch und lässt auf fruchtbare Wirtschaftsbeziehungen hoffen.“



Gut besucht: Die Wirtschaftskonferenz von MdB Heider und SIHK in Lüdenscheid.



Matthias Heider und Arndt Kirchhoff gemeinsam mit Wladimir M. Grinin und der russischen Delegation in Attendorn.

Termine

- **28.10.2011** MIT-Bundestagung in Deggendorf
- **06.11.2011** Eröffnungsfeier des 20. literarischen Herbstes in Lennestadt-Meggen
- **12.11.2011** Ansprache zum Volkstrauertag beim St-Matthäus-Schützenverein Rüblinghausen
- **13.11.2011** Bundesparteitag der CDU in Leipzig

Ernte- und Tierschau fest in Drolshagen

Die Junge Union nutzte das traditionsreiche Ernte- und Tierschau fest in Drolshagen dazu, gesunde Äpfel mit JU-Logo an die Besucher zu verteilen. Auch Matthias Heider beteiligte sich gerne an der Aktion und ließ es sich nicht nehmen, die Attraktionen des Fests—von der Fußballradaranlage bis zur Präsentation der Tiere aus dem ganzen Kreis Olpe—zu besuchen. „Die Vielfalt der ländlichen Regionen wird im Sauerland immer besonders deutlich. Die Landwirtschaft hat eine lange Tradition und wird weiter eine wichtige Rolle spielen“, so der Abgeordnete.



Matthias Heider mit Rebecca Böger, Florian Müller und Steffen Gipperich (v.r.) von der Jungen Union.

Faktenbox

Kosten: Mit durchschnittlich 34,28 Euro je Arbeitnehmerstunde im Verarbeitenden Gewerbe liegt Deutschland knapp hinter Frankreich und vor den Niederlanden auf dem 8. Rang im internationalen Vergleich. (IWD)

Berufe: Um 282.237 nahm die Zahl der Beschäftigten in sozialpflegerischen Berufen zwischen 2005 und 2010 zu. Die der Bank- und Versicherungskaufleute sank im gleichen Zeitraum um 23.536. (IWD)

Glück: Die Deutschen sind zufriedener wie lange nicht. Mit einem Lebenszufriedenheitswert von 7,0 (auf einer Skala von 0-10) sind die Deutschen so glücklich wie zuletzt 2001. (Glücksatlas 2011 der Deutschen Post)